



Soziale Politizität als Instrument, um die Politik und die Zukunft wieder in die Hände der Bürger zu legen

Ein großer Teil der italienischen Bevölkerung hat wenig Vertrauen in die Parteien und die politische Klasse, die die Probleme des realen Lebens nicht zu erkennen scheinen.

Diese nicht zufällige Situation besteht auch in den meisten Ländern der Welt und wirkt sich negativ auf die Organisation und Verwaltung des öffentlichen und sozialen Lebens aus.

All dies führt zu weit verbreiteter Frustration und folglich zu Vertrauensverlust in die Institutionen und in die repräsentative Demokratie: ein sich selbst nährender Prozess, der zu Wahleuthaltung und antidemokratischen Tendenzen führt.

Das Netzwerk für Soziale Politizität (im Folgenden RPS) führt diese Situation darauf zurück, dass die Institutionen, wie wir sie kennen, nicht funktionieren können. Es ist an der Zeit, dass die Bürgerinnen und Bürger dies zur Kenntnis nehmen und sich so bald wie möglich für die Entwicklung der sozialen Dimension der Politik einsetzen.

1) Die zwei Arten der Politik

Grundsätzlich können wir zwei Arten von Politizität unterscheiden.

Die erste ist die institutionelle Politik in der von der Verfassung vorgesehenen Institutionen wie Regierung und Parlament, wo für alle verbindliche Entscheidungen getroffen werden.

Die zweite ist die soziale Politizität, die von den Bürgern selbst ausgeübt werden sollte in Form einer Reihe von Funktionen und Handlungen, die in enger Wechselbeziehung zueinander stehen.

2) Was ist soziale Politizität?

Unter "sozialer Politizität" versteht die RPS die Gesamtheit der Instrumente, Maßnahmen und Funktionen, die es den Bürgern ermöglichen, politische Ideen und Visionen zu entwickeln mit dem Ziel, die institutionelle Politik im Interesse der Gemeinschaft zu lenken und zu kontrollieren. Soziale Politizität entwickelt sich also, wenn die Zivilgesellschaft über politische Räume und Instrumente verfügt, um sich zu formieren, zu debattieren, ihre Forderungen und Vorschläge zu äußern, an der Ausarbeitung von Wahlprogrammen und der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten für zu wählende Ämter mitzuwirken und die Arbeit der einmal Gewählten in der Folge auch zu überprüfen und zu bewerten.

RPS ist der Ansicht, dass Wahlen alleine als Indiz einer sozialen Politik nicht ausreichen, da Wahlen lediglich der Endpunkt der Beteiligung, der Konfrontation und der Ausarbeitung einer Vision der Gesellschaft sind. Andernfalls werden Wahlen zu einem Ritual, das nur den Anschein von Demokratie erweckt.

3) Die unverzichtbaren Elemente der Sozialen Politizität

- a) Ein unabhängiges Informationssystem
- b) Eine Politische Bildung zur Staatsbürgerschaft
- c) Die Existenz politischer Parteien und/oder Gruppierungen als Vereinigungen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich an politischen Entscheidungen beteiligen und zu diesen beitragen.

4) Warum gibt es in der heutigen Gesellschaft nur noch wenig soziale Politizität?

Auf der ganzen Welt lassen die heutigen politischen Systeme aus historischen Gründen die Entfaltung sozialer Politizität nicht zu, im Gegenteil, sie behindern sie, um die Anhäufung von Macht in den Händen derselben Personen zu ermöglichen, und um zugleich sowohl institutionelle Politizität (als Parlamentarier oder Mitglieder der Exekutive) als auch soziale Politizität (in Schlüsselpositionen der Parteien) auszuüben.

Diese Anhäufung von Rollen ist der Hauptgrund für die Zerstörung der sozialen Politizität. Es ist daher klar, dass eine klare Trennung zwischen sozialer und institutioneller Politizität erforderlich ist, damit sie gedeihen kann, andernfalls werden Kontrolleure und Kontrollierte eins werden, was zu einem gefährlichen Interessenkonflikt führt.

Im Folgenden werden einige kritische Punkte in Bezug auf die italienische Situation aufgeführt.

1) Die Parteiführung wählt die Kandidaten aus, die sich nach ihrer Wahl an die Parteien "gebunden" fühlen, von denen sie gewählt wurden, und somit das kollektive Interesse vernachlässigen. Dieses System der Auswahl der politischen und administrativen Klasse, das in Wahllisten, in öffentlichen Einrichtungen und in Beteiligungsunternehmen Ernennungen von Parteien nahestehenden und Parteivorsitzenden loyalen Personen bevorzugt, führt zu einer Zementierung der herrschenden Klasse des Landes und zu einer fortschreitenden Ausbreitung von Klientelismus und stillschweigendem Kompromiss zwischen Mehrheit und Opposition.

2) Die gewählte Person neigt dazu, ihre eigene Wiederwahl in den Vordergrund zu stellen und gerät damit in einen Interessenkonflikt gegenüber ihrer öffentlichen Funktion. Diese Tatsache ist menschlich, nachvollziehbar und führt letztendlich zu:

(a) einer Zerstörung der Funktion der Partei, die als Instrument der Macht und des persönlichen Aufstiegs und nicht als Instrument der gesellschaftspolitischen Entwicklung dient;

b) einer Degradierung der Institutionen, weil ~~parteinterne~~ parteigebundene Personen in Schlüsselpositionen gehieft werden, wobei Loyalität vor Kompetenz steht.

3) Wahlkampagnen erfordern große wirtschaftliche und mediale Ressourcen, die oft von Machtgruppen bereitgestellt werden, die wiederum dafür Gegenleistungen erwarten.

Diese soeben beschriebenen Phänomene begünstigen eine perverse Verflechtung von politischer Macht (institutioneller Politizität und wirtschaftlicher, finanzieller, akademischer und medialer Macht, mit einer ausufernden Parteipräsenz in jedem Bereich der Gesellschaft.

Die Konsequenz ist eine allgemeine, soziale Verflachung und der Verlust des Potenzials, das nur eine intellektuell freie Gesellschaft zur Entfaltung bringen kann.

Die soziale Politizität braucht dringend eine tiefgreifende Erneuerung der politischen Kräfte.

Aus den genannten Gründen sind wir der Meinung, dass die Politik nicht mit einem gewöhnlichen Beruf gleichgesetzt werden kann, dass sie nicht lebenslang innerhalb der Institutionen ausgeübt werden kann und dass zur Lösung der aktuellen Pathologien der Politik ein Wechsel der Personen (auch wenn sie sich als redlich und kompetent erwiesen haben) nicht ausreicht, sondern dass strukturelle Änderungen der Politikformen erforderlich sind (zum Beispiel: ein Parteiengesetz, eine Begrenzung der Anzahl der Mandate, ein Verbot des Verzichts auf das von den Wählern erteilten Mandats).

Das Netzwerk für soziale Politizität setzt sich für die Entwicklung politischer und kultureller Maßnahmen zur Überwindung der aufgezeigten Pathologien ein.

5) Warum ist es unabdingbar, eine soziale Politizität zu entwickeln?

Der Reichtum der Gesellschaft an intellektuellen Ressourcen läuft Gefahr, durch den Mangel an sozialer Politizität an Bedeutung zu verlieren. Die gesamte Gesellschaft leidet darunter, dass sie nicht in der Lage ist, politisch zu denken; so fehlt es an gemeinsamen Visionen, die die Gesellschaft dringend benötigt, um nicht von gut organisierten Interessengruppen überrollt zu werden, welchen nicht das Gemeinwohl am Herzen liegt.

Die zahlreichen politischen und kulturellen Vereinigungen sind mangels geeigneter Instrumente und Räume nicht in der Lage, mit den Institutionen in Kontakt zu treten, die zwar ihre Sensibilität deklarieren, in Wirklichkeit aber sozialen Forderungen gegenüber verschlossen sind.

Gegenwärtig werden alle politischen Entscheidungen ausschließlich vom institutionellen Sektor (Berufspolitiker und Verwaltungsapparat) getroffen, der aufgrund der seit langem bestehenden institutionellen, wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse keine politische Visionen entwickeln kann, die im Interesse aller liegen. Dadurch kommt es regelmässig zu systemischen Brüchen wie politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen oder gar Kriegen.

Ohne angemessenen Mitwirkungsmöglichkeiten und an den Rand gedrängt, bleiben der Gesellschaft nur lautstarke Formen des Protests. oder resignierter Rückzug ins Private.

6) Welche Reformen für die Entwicklung der sozialen Politizität?

6.1) Parteivorschriften

Der Status quo: Heute werden die Parteien von Personen geführt, die gleichzeitig auch in staatlichen Institutionen tätig sind, was zu Doppelrollen, Machtanhäufung, großer Ineffizienz, weniger Kontrolle und Korruption führt. Die Wahllisten werden nicht vom Volk, sondern vom Parteiapparat aufgestellt. Schlussendlich gibt es keine Transparenz der Parteienfinanzierung.

Das Ziel: Wer eine Partei vertritt oder leitet, darf kein öffentliches Wahlamt und kein Regierungsamt bekleiden. Die Reform der Parteien muss die Demokratie mit der Beteiligung an den internen Entscheidungsprozessen der Parteien einführen; sie sollen auch öffentliche Funktionen erhalten, um sie zu assoziativen Instrumenten umzuformen, die die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen fördern.

6.2) Schulreform

Der Status quo: im Allgemeinen neigen Schulen dazu, zu erziehen, aber nicht, Bürger zu formen. Die Menschen verlassen die Schulen ohne profunde Kenntnisse der Aufgabe der Institutionen, ohne ein Grundwissen über das öffentliche Recht oder über ihre persönlichen Rechte sowie ohne ein Grundverständnis der in den Institutionen gepflegten Sprache.

Das Ziel: Die Schule muss nicht nur Erziehungsaufgaben erfüllen, sondern durch einen einheitlichen nationalen Lehrplan eine aktive Bürgerschaft ausbilden. Jeder Mensch soll darauf vorbereitet werden, seiner gesellschaftlichen Rolle bewusst zu sein in die Gesellschaft einzufügen: Jeder Bürger muss nicht nur wissen, wie die Institutionen funktionieren, sondern auch in der Lage sein, seine Rechte wahrzunehmen und seinen Pflichten nachzukommen.

Von grundlegender Bedeutung ist auch die Vermittlung von Gewaltlosigkeit, insbesondere von gewaltfreier Kommunikation. Ziel ist die Entwicklung einer Dialogfähigkeit in Gelassenheit, zum Zuhören und zur Achtung des Gesprächspartners. Wir müssen lernen, die soziale Politizität als Instrument zu nutzen zur Entwicklung neuer Visionen und diese dann in Handlungsfähigkeit und Normen zugunsten des Gemeinwohls umzusetzen.

6.3) Medienreform

Der Status quo: Heute werden die meisten Medien, auch die öffentlich-rechtlichen, von (politischen und wirtschaftlichen) Machtgruppen kontrolliert, die die Informationspolitik wesentlich beeinflussen. In der Rangliste 2022 von "Reporter ohne Grenzen" liegt Italien hierbei auf Platz 58.

Das Ziel: Ein freier und pluralistischer öffentlicher Dienst zur Förderung von kritischem Denken und Bewusstseinsbildung. Zu diesem Zweck werden die Anbieter öffentlicher Informationen auf transparente Weise ausgewählt, wobei der Informationspluralismus zu berücksichtigen und ein Gewinnstreben zu vermeiden ist. Oberstes Ziel des Informationssystems ist das Recht auf Wissen durchzusetzen. Es reicht nicht aus, Dokumente und Daten für alle zugänglich zu machen, wenn nicht auch gleichzeitig die Voraussetzungen für deren effektive Nutzbarkeit geschaffen werden. Die Information muss die evolutionären Prozesse im Zeichen unserer Verfassung und unserer Demokratie begleiten.

Wir sind der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger auch eine Rolle bei der Kontrolle der Verwaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spielen müssen, um seine Unabhängigkeit zu gewährleisten.

7) Welche Rolle spielen die Verbände, Ausschüsse, Gruppen und Bewegungen?

Der Ansatz der sozialen Politizität zur Schaffung von politischen Kräften/Parteien, die sich radikal von jenen der Vergangenheit unterscheiden und eine echte Brücke zwischen Bürgerschaft und Institutionen bilden, würde darüber hinaus die natürliche Entwicklung der Rolle von Vereinigungen, Gruppen, Bewegungen und Ausschüssen begünstigen. Hierfür ist

jedoch ein Mentalitätswandel erforderlich: Wir müssen die Vorurteile der Politik gegenüber überwinden und verstehen, dass eine umstrukturierte Politik der ideale Ort wäre, um die Vorschläge der Zivilgesellschaft anzuhören, zu bewerten und wenn möglich auch umzusetzen. Diese Gremien könnten daher in naher Zukunft einen wichtigen Beitrag zur reibungslosen Funktion der sozialen Politizität leisten, indem sie beispielsweise bei der Festlegung politischer Programme und der Empfehlung von Kandidaten für die Wahllisten mitwirken. Der RPS hofft, dass diese Gremien die Bedeutung und das Potenzial der sozialen Politizität erkennen und sich an ihr beteiligen, indem sie Teil allgemeiner Rahmenbedingungen werden zur Ermöglichung von interessanten Synergien und zur Beschleunigung des kulturellen Wandels, der notwendig ist, um die Politikformen im Interesse der Allgemeinheit zu verändern.

8) Abschließende Überlegungen.

Politik und soziale Politizität sind eng mit gewaltfreier Kommunikation verbunden, weil die Politik dank der Konfrontation, des Zuhörens und dank der Aufmerksamkeit für den anderen die beste Synthese zwischen den unterschiedlichen Visionen der verschiedenen Gesellschaftsgruppierungen finden kann. Gewalt ist dagegen die Negation der Politik.

Die RPS betont, dass die Entwicklung der sozialen Politizität in der Gesellschaft zu einer deutlichen Verbesserung der Funktionsweise der Institutionen und der Gesellschaft im Allgemeinen führen könnte. Dennoch ist sich die RPS bewusst, dass die soziale Politizität nicht die "Lösung der Probleme" ist, sondern unabdingbare Voraussetzung für ihre Lösung, da sie es ermöglicht, die komplexen Probleme anzugehen, die von den großen, die Welt regierenden wirtschaftlich-finanziellen Mächten hervorgerufen werden.

Schließlich ist die RPS der Ansicht, dass nur durch die Beteiligung und das bürgerliche Wachstum aller Bürgerinnen und Bürger sowohl lokale als auch globale Phänomene besser gesteuert werden können, um eine Zukunft in Wohlstand und Frieden zu schaffen.

Für weitere Informationen zur sozialen Politizität verweisen wir auf den Artikel von Giuseppe Polistena (*) "Soziale Politizität: die neue Grenze der Politik" (siehe www.reteperlapoliticitasociale.org unter "Dokumente"). Wir laden alle, die diesen Text teilen, ein, mit dem Netzwerk für soziale Politik in Kontakt zu bleiben, indem sie sich auf der Website unter "Kontakte" registrieren.

So schreiben Sie bitte an das Netzwerk: info@reteperlapoliticitasociale.org

() Giuseppe Polistena - Hochschulabschluss in Philosophie. Er ist Gründer der philosophisch-literarischen Zeitschrift "Malvagia" und beteiligte sich an der Gründung der Grünen Partei, wo er als nationaler Koordinator und regionaler Sprecher fungierte. Nach seinem Austritt aus der Partei nach der Abschaffung der frühen Statuten, die sie zu einem königlichen Archipel machten, begann er mit der philosophischen Erforschung politischer Formen, indem er verschiedene Gruppen für kulturelles und bürgerliches Engagement gründete, darunter "www.formeeriforme.it". Er arbeitet weiterhin als Schulleiter in Mailand.*